

Die Danziger Zeitung erscheint täglich zweimal; am Sonnabend und am Montag Abends. — Bestellungen werden in der Redaktion (Kettwigerstraße No. 4) und auswärts bei allen Käufleuten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Inwärts 1 Thlr. 20 Sgr.
Inserate nehmen an: in Berlin: A. Reitemeyer, in Leipzig: Eugen
Sor, H. Engler in Hamburg, Haasenstein & Vogler, in Frankfurt:
A. M. Jäger'sche, in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchdruck.

Danzipper



Zeitung.

Berlin. [Über die Stimmung in Wien gegen Preußen] schreibt man von dort der „Magd. B.“: Ich erfreue heute nur die Feder, um Ihnen zu melden, daß die Dinge zwischen Österreich und Preußen leider eine Wendung nehmen, welche ich nur als eine höchst unerwünschte bezeichnen kann. Natürlich kommt es mir nicht in den Sinn, an dem Dementi des „Staatsanzeigers“ in Betreff der Werther'schen Depesche zu mäkeln. Ebenso aber wollen Sie es als eine unbestreitbare Thatsache hinnehmen, daß hier an maßgebender Stelle dieses Achtenstücks — einerlei, ob ächt oder unächt — als der durchaus correcte Ausdruck der Gestaltungen Ihrer Regierung gegen Österreich gilt, so daß die Frage nur die ist, ob es durch eine Indiscretion an die Öffentlichkeit gelangt, oder ob es eine Erfindung sei, welche mit der bestimmten Absicht in die Welt gesetzt wurde, als Fühler dastehen zu dienen, was man Österreich bieten dürfe. Unsern Ministern erscheint die Werther'sche Depesche wie ein Pendant zu der gleichfalls beliebten Goitschaffschen an Baron Brunnen wegen der irischen Frage; beide seien Fühler, um die Stellung Österreichs und Englands bei einer etwaigen neuen europäischen Complication zu ergründen, und ihre Publikirung sei daher keinesfalls das Werk eines müßigen Publicisten, sondern stelle mit offiziellen Absichten in innigem Zusammenhange. Hier gilt es für ausgemacht, daß die preußisch-russische Allianz bereits fertig, daß die Spiege verselbst gegen Österreich noch mehr als gegen Frankreich gerichtet ist, und daß die beiden Verbündeten die größten Anstrengungen machen, um durch das Angebot Romms und Südtirols auch Italien zu gewinnen. Es ist ein Glaubenssatz bei unsren Politikern, daß Preußen den Untergang Österreichs will und wollen muß, weil es sich überzeugt, daß sonst die Verdrängung des Kaiserstaates aus Deutschland ewig nur auf dem Papier bestehen wird. In dem Akkordtum der Berliner Offiziere mit dem Moskauer Slavencongress erblickt man hier lediglich die Fortsetzung seiner Politik, welche im Juli 1866 General v. Rosenburg durch seine Prager Proclamation „an das glorreiche Königreich Böhmen“ einleitete; die angebliche Depesche des Barons Werther, welche den Ultraradicalen in Ungarn die Hand bietet, erscheint als das natürliche Complement. Kurz, daß Preußen unser Feind sei, wird mehr und mehr zum Dogma der Bevölkerung, wie von 1859—1866 Frankreich dafür galt. Amtlich wie außeramtlich begegnet die Verstärkung des Barons Werther, daß die Depesche unächt sei, einem bis zur Unhollichkeit sich steigernden Unglauben. Was unter solchen Verhältnissen die Reise Franz Josephs nach Paris im September zu bedeuten haben wird, versteht sich wohl von selbst.

[In's Herrenhaus.] Die Behauptung einiger Männer, daß die Regierung beabsichtigte, Vertreter des alten befestigten Grundbesitzes aus den neuen Ländern in das Herrenhaus zu berufen — sagt die „B. B. B.“ — ist unrichtig; die Regierung beabsichtigt zwar, das Herrenhaus aus den neuen Landesteilen zu ergänzen, jedoch mit Ausnahme der Kategorie des alten befestigten Grundbesitzes, aus welchem also einschließlich kein Vertreter ins Herrenhaus berufen werden sollen. Diese irrite Angabe dürfte sich wesentlich darauf zurückführen, daß dem Bernehmten nach Georg v. Bünke (der es reichlich verdient hat) ins Herrenhaus berufen werden soll; indes wird diese Berufung wohl auf andere Weise motiviert werden, als durch seinen Grundbesitz in Hannover.

[In einer Disciplinarsache] ist ein interessantes Erkenntniß gefällt worden. Ein Assessor, so berichtet die „Tribüne“, wurde von dem zeitigen Chef der Justiz zum Kreisrichter in einer Provinzialstadt ernannt, ohne daß er vorher befragt worden war, ob er dies Amt anzunehmen gesonnen sei. Wir bemerken hierbei, daß der Assessor sich keineswegs in politischen Angelegenheiten irgend wie hervorgethan hatte, daß seine Ernennung vielmehr erfolgte, weil er an der Reihe war. Die Berufung in die Provinz gefiel dem neuen Kreisrichter nicht, so daß er sich weigerte, das Amt anzutreten, sich auch wirklich nicht auf seinen Posten begab, selbst nachdem das Appellationsgericht, dem er durch seine Ernennung zum Kreisrichter untergegeben war, ihn ausdrücklich aufgefordert hatte, sein neues Amt zu übernehmen. Er wurde darauf zur Disciplinaruntersuchung gezogen, in erster Instanz vor demselben Appellationsgericht, das die Aufforderung zum Eintritt in das betreffende Kreisgerichtscollegium an ihn erlassen hatte, jedoch freigesprochen, da der Justizminister einen Richter nicht ohne seinen Willen anstellen könne. Auf die vom Oberstaatsanwalt gegen das Erkenntniß eingelegte Beweisung ist vor Kurzem vom Obertribunal ein dasselbe bestätigendes Urteil ergangen. In den Gründen desselben wird ausgeführt, daß der Justizminister selbstverständlich jeden Richter commissarisch hinsetzen könne, wohin er wolle und es für nötig halte, daß er ihn aber nicht gegen seinen Willen definitiv anstellen könne, da er sonst so auch berechtigt sein würde, einen Richter zum Staatsanwalt oder Rechtsanwalt gegen seinen Willen zu ernennen.

[Arbeiterverammlung.] In der am Montag Abends durch Hrn. v. Schweizer einberufenen Versammlung des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ wurde folgender Besluß angenommen: „Die Londoner Schneidergesellen haben in dem berechtigten Kampfe der Arbeit gegen das Capital zu einer Arbeitsinstellung griffen, und es ist Seitens derselben eine ausdrückliche Aufforderung zur Beihilfe nach Berlin ergangen. Obwohl nun die Versammlung der Ansicht ist, daß auf dem Wege der Arbeitsinstellungen die Sache der Arbeit nicht zu einem entschieden Siege gelangen kann, so erachtet dieselbe doch die Arbeiter Berlins für verpflichtet, in dem großen Kampfe zwischen Arbeit und Capital, der ein europäischer, ja ein bei allen Culturvölkern geführter Kampf ist, im Bewußtsein der bürgerlichen Zusammenghörigkeit der Arbeiter dem ergangenen Rufe Folge zu leisten, und beschließt

daher, daß von den Cigarrenarbeiter zu diesem Zwecke eingesetzte Comits nach Kräften zu unterstützen.“

— [Dr. Max Dunder.] Zu der Seidlerschen Nachricht, daß der Geh. Rath Max Dunder zum Director der Staatsarchive ernannt worden, aber daneben in seiner Stellung als vortragender Rath beim Kronprinzen verbleibe, bemerken wir, daß die Beziehungen Dunder's zum Kronprinzen tatsächlich schon längst und vollständig aufgehört haben. Dunder gehört bekanntlich seit mehreren Jahren zu den unbedingtesten Verchrern des Grafen v. Bismarck auf allen seinen Wegen. (B. A. O.)

— [Preßprozeß.] Der frühere Abg. Dr. med. Bernhardi in Eilenburg war wegen eines im dortigen „Nachrichtenblatte“ zur Zeit der Reichstagsschlägen veröffentlichten Artikels, in welchem die Candidatur des Hrn. Paradies empfohlen wurde, unter Anklage gestellt worden. Er wurde vom Kreisgericht in Eilenburg freigesprochen, vom Appelgericht in Naumburg zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt. Der Drucker wurde mit Geldbuße, der Verleger mit Geldbuße und Concessionsverlust bestraft.

— [Mediationsurteil-Bedürfnisse.] Das Gericht, daß auch der Fürst von Blücher sich mit dem Gedanken beschäftige, die Regierungssorgen dem König von Preußen zu überlassen, ist nicht ganz unbegründet. Einzelheiten wird jedoch die Annexion des kleinen Lippischen Fürstenthums aus denselben Grunde unterbleiben, der den König bewogen hat, den wiederholten Wunsch des Fürsten von Waldeck nach Einverleibung seines Landchens zurückzuweisen, nämlich die Rückicht auf die Empfindlichkeiten Frankreichs. (A. A. B.)

— [Eisenbahnverbindung zwischen Schlesien und Böhmen.] In Ausführung der bezüglichen Bestimmungen des Friedensvertrages von Prag wegen Herstellung einer Verbindung zwischen Schlesien und Böhmen finden, wie bekannt, seit längerer Zeit Unterhandlungen zwischen der preußischen und österreichischen Regierung statt über den Bau von Eisenbahnen von Landshut nach Schwadowitz und von Görlitz über Mittelwalde nach Wildenau. Die Verhandlungen nehmen einen günstigen Verlauf.

— [Der Sultan] wird, nach dem „Fr. B.“, in dieser Woche von Belgien aus eine kleine Rheinreise, vorläufig bis Coblenz, machen.

— [Telegraph nach Indien.] Wie der „R. B.“ von London gemeldet wird, hat die Firma Siemens, Halske & Co. in Berlin die Concession auf 25 Jahre zu einer Telegraphenlinie von England über Preußen und Russland nach Indien unter sehr günstigen Bedingungen erhalten. In London ist bereits der Prospect zur Gründung einer Actien-Gesellschaft zu diesem Zweck erschienen.

Hagen, 14. Juli. [Arbeitertag.] Der hiesige Bevollmächtigte des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins hatte auf heute Nachmittag einen „Arbeitertag“ zur Besprechung der Arbeiterfrage in das Local des Herrn Poltscher berufen und dazu die Herren Fr. Hartort, Dr. Reinke und Dr. v. Schweizer eingeladen. Erstere beiden Herren hatten der Einladung Folge geleistet und waren erschienen, Herr Dr. v. Schweizer hatte abgelehnt. Die Versammlung war, der großen Menge hiesiger Arbeiter gegenüber, nicht sehr zahlreich besucht und bestand vielleicht aus zwei Dritteln Arbeitern und einem Drittel anderer Personen. Als Redner traten zwei Arbeiter aus Bremen, die Herren Frische und Hölschmann, sowie die Herren Dr. Reinke und Fr. Hartort auf. Der Inhalt sämtlicher Reden der drei erstgenannten Personen war eine Vertheidigung und Erklärung der bekannten Lehren Lassalles unter Hinweisung auf die allenthalben zu Tage tregenden sozialen Uebelstände, während Fr. Fr. Hartort die Selbsthilfe der Arbeiter vertheidigte. Eigentliche Beschlüsse oder Resolutionen wurden nicht gefaßt. Der Versammlung gebührt das Verdienst, daß sie sehr ruhig und anständig verlief und wurde unserm alten bewährten Kämpfer für Freiheit und Recht und nicht minder für das Wohl des Volks, Herrn Hartort, trotz seiner entgegenstehenden Meinung in der sozialen Frage, mit aller Hochachtung begegnet. (Hag. Btg.)

Gotha, 14. Juli. [Was soll aus Gotha werden?] Schon vor einiger Zeit beantwortete eine Broschüre die Frage, ob Coburg seine Selbständigkeit werde erhalten können, in durchaus verneiner Weise. Dasselbe thut eine andere in diesen Tagen zu Leipzig erschienene Broschüre in Hinsicht des Herzogthums Gotha. Das Schriftchen ist betitelt: „Was soll aus Gotha werden?“ Auch ein Beitrag zur Belichtung kleinstaatlicher Verhältnisse.“ Es weist zwar durch Bahnen nach, daß das nur personell mit Coburg vereinte und in seinen Finanzen von letzterem geschiedene Gotha für sich allein finanziell auch bei den Anforderungen des Bundes werde fortbestehen können, während dies für Coburg unmöglich sei. Es bemerk aber zugleich, daß das Herzogthum Coburg-Gotha dem Bunde gegenüber ein Land sei, und daß demnach die Richtersetzung der pelenären Bundespflichten von Seiten Coburgs auch für Gotha die Gefahr der Exekution und Sequesteration mit sich führe. Wolle man aber eine totale Verschmelzung beider Landesteile vornehmen, so würde diese für Gotha zur einer finanziellen Überbürdung und schließlich den vollständigen Ruin des Herzogthums Gotha nach sich ziehen. Es bleibt somit nichts übrig, als Gotha rasch dem schließlich doch seiner harrenden Schicksale entgegen zu führen und es möglichst bald in Preußen aufzugehen zu lassen. Die Broschüre, deren Verfasser mit den finanziellen Verhältnissen beider Landesteile vollständig vertraut sein muss, bemerkt sehr richtig, daß die Unstethheit der politischen Existenz auf die innere Entwicklung eines Landes von nachtheiligem Einfluß sein muß.

Hamburg, 17. Juli. [Der Germanische Lloyd] hat sich neuwärts constituit und seine Statuten eröffnet. Der

Zweck der Gesellschaft geht bekanntlich dahin, eine möglichst genaue und gerechte Clasifizierung von Handelschiffen gegen baulich niedrige Gebühren — die Gesellschaft sieht von der Erzielung jedes Gewinnes ab, — durch zu ernennende Besitzer vorzunehmen, dieselben in Schiffregistern dem Publikum zugänglich zu machen und ferner von anerkannt lichen Fachmännern ausgearbeitete Vorchriften für Neubau und Reparaturen von Handelschiffen herauszugeben. Die Gesellschaft nimmt ihren Sitz in Hamburg und gliedert sich in Districtvereine, welche die Geschäfte des Vereins aus der Nähe leiten. Zu Organen für die Gesellschaft sind für die Nordseeländer die „Hamb. Börse“ und die „Wcl.-Btg.“, für die Ostseeländer die „R. Stettiner Btg.“ und die „Danziger Btg.“ gewählt.

Österreich. Prag, 16. Juli. [Eine Petition an den Czaar um baldige Errichtung einer panslavistischen Universität in Warschau] cirkulirt hier. Die Petition betont die Bitte um czechische Vorträge, da aus der Prager Universität die czechische Sprache verdrängt sei. Im Falle der Verabsichtigung der Petition seien die czechischen Studenten entschlossen, die Warschauer Universität zu besuchen. (Pr.)

Frankreich. Paris, 15. Juli. [Nessler über den Berliner Handwerkerverein.] Im „Tempo“ schildert Nessler von Berlin aus mit den anerkanntesten Worten das Wesen und Wirken des dortigen Handwerkervereins. „Ich werde — sagt er am Schluss — von der Versammlung, der ich in diesem Verein beigewohnt, ein lebhaftes Bild wirklicher und fruchtbringender Demokratie bewahren. Dort sah ich inmitten einer Arbeiterbewohlung von bewunderungswürdiger Haltung hervorragende Männer wie Dunder, Birchew, Lasker, die auf anderen Gebieten vorübergehend getrennt sind, durch eine gemeinsame Pflicht, die gleichzeitig für sie das edelste Vergnügen war, geeinigt. Ich sah und hörte daselbst, wie man die Freiheit lebt durch Erziehung des Geistes, durch Kräftigung der Seele, durch Pflege richtiger Ideen und durch Anregung edler Gefühle. Der Chorgesang, mit welchem regelmäßig jede Versammlung eröffnet und geschlossen wird, verleiht dem Ganzen gewissermaßen einen religiösen Charakter und ich empfand einen jener ungeheilten Eindrücke, welche man so gründlich geträumt in Gegenwart nur selten verschafft. Dieser Berliner Verein ist bei Weitem nicht der einzige seiner Art. Er ist, glaube ich, der älteste, und erfreut sich der verdienten Ehre als der Musterverein angesehen zu werden. Es gibt deren andere in Berlin, in den preußischen Provinzen und in mehreren andern deutschen Städten. Die jungen Arbeiter haben während ihrer Wanderschaft durch Deutschland stets Gelegenheit, aus der einen dieser Gesellschaften in die andere überzugehen. Wenn ich dies bedenke und gleichzeitig, als weitere Folge des Vereinsrechts sehe, wie sich, Angeschick der bevorstehenden Wahlen, durch ganz Preußen Wahl-Ausschüsse, die mit einander in Correspondenz stehen, bilden, wenn ich ferner den wunderbaren Aufschwung der von dem großen und unermüdlichen Schulze-Delitzsch herverursachten volkswirtschaftlichen Bewegung ins Auge fasse, so muß ich unwillkürlich an uns zurückdenken und mir selber sagen, daß Preußen noch andere Dinge, als seine militärischen Institutionen besitzt, in denen wir ihm nachzueifern hätten. Mein Erstaunen wächst um so mehr, wenn ich bedenke, daß dieser preußische Verein auf der Pariser Ausstellung eine große Medaille erhalten hat und folglich als vortrefflich anerkannt worden ist, und daß dennoch die Franzosen keinen ähnlichen Verein bilden dürfen. Wenn bei uns ein anerkannter Ehrenmann öffentlich sprechen will, so muß er für seine Person und für den Gegenstand seines Vortrages die Erlaubnis der Obrigkeit einholen. Der Widerspruch ist stark, und ich wünschte nur, daß man ihn gebührend empfinden möge.“

— [Ruhrende Scene.] Außer den Personen des Hofhaltes, welche jeder Kammerzögling beiwohnen und durch vierfältige Berichte den Kaiser über deren Vorfälle auf dem Laufenden erhalten, sendet auch Hr. Rouher demselben regelmäßige kurze Notizen mit Anmerkungen und Fragen. Am letzten Freitag hatte er deren zwei nach den Tuilerien geschickt, in der ersten die Rede Glaiz-Bizot's mit dem Ordnungsrat des Präsidenten gemeldet, und in der zweiten die Rede Olivier's mit dem Hinzuflügen: „Ich bitte Ew. Maj., diese Rede zu lesen und mich wissen zu lassen, ob ich darauf antworten soll.“ Als nun Rouher am andern Morgen sich mit seinen Collegen zum Vortrage nach den Tuilerien begab, war der Kaiser aus seinem Privat Cabinet noch nicht herausgetreten, doch erschien bald darauf ein Kammerdiener, der den Staatsminister allein zum Souverain berief. „Sie, mein lieber Rouher,“ soll hier Napoleon III. ihn empfangen haben, „mußten in letzter Zeit viele ungerechte Angriffe ertragen. Ich weiß nicht mehr, wie ich Sie dafür belohnen soll. Sie haben Alles, was ich an Ehren zu verleihen vermag, wohlverdienter Weise bereits erhalten. Als äußerste und letzte Gabe, die mir noch bleibt, empfangen Sie hier das Großkreuz der Ehrenlegion in Diamanten.“ Und der Kaiser überreichte ihm dasselbe in Begleitung des Briefes, den der „Moniteur“ veröffentlichte. Rouher, so versichern wenigstens seine Vertrauten und Freunde, trat in die Thränen in die Augen, worauf ihn der Kaiser umarmte und entließ.

Italien. [Geistlicher Protest gegen Durchdringung.] In den clericalen Organen liest man entrüstete Beschwerden über die Ausräucherungen, denen die von Rom zulässig lehrenden Geistlichen bei dem Verlassen der Eisenbahnen unterworfen werden. Besonders scheint die französischen Herren Abßß darüber sehr erost. Da nun aber alle von Rom kommenden Reisenden auf den italienischen Stationen dieser Procedur unterworfen werden, so sind die besonderen Klagen dieser Geistlichen ohne Grund. Man darf zwar diese

